

Antrag:**Antragsteller:** SPD 60 plus Baden-Württemberg**Empfänger:** SPD-Parteivorstand, SPD-Landtagsfraktion,
SPD-Vertreter*innen in den Kommissionen**Betr.:** Alterssicherung**Alterssicherung**

Der SPD Landesparteitag möge beschließen:

SPD Abgeordnete in Parlamenten und SPD Vertreter in Kommissionen setzen sich dafür ein,

- dass das Nettorentenniveau (vor Steuer) in absehbarer Zeit wieder auf über 50 % angehoben wird,
- dass die gesetzliche Rente die tragende Säule der Altersvorsorge bleibt,
- dass der Kreis der Pflichtversicherten ausgeweitet wird, durch Einbeziehung von Abgeordneten, Beamten, Selbständigen (Ziel Erwerbstätigenversicherung),
- dass die Beitragsbemessungsgrenze entfällt,
- dass die gesetzliche Rentenversicherung nicht durch versicherungsfremde Leistungen belastet wird,
- dass das gesetzliche Rentenzugangsalter nicht weiter steigen darf.

Begründung:

Das Ergebnis der Rentenkommission für die Alterssicherung nach 2025 erfüllt nicht die Anforderungen, die von einer gerechten und solidarischen Altersvorsorge erwartet werden.